

zur fast völligen Machtlosigkeit der Bevölkerung gegenüber den staatlichen Institutionen, dem Parteiapparat der SED, aber auch den anderen Parteien. Mangelnde friedliche Konfliktlösungsmechanismen implizierten Machtmißbrauch. Dieser wurde von uns persönlich nicht als solcher empfunden und wurde möglich durch die Ausnutzung innerer Überzeugungen an das prinzipiell Gute der Gesellschaft in der ehemaligen DDR.

Aus heutiger Sicht gehen wir davon aus, daß in einer patriarchalisch strukturierten Gesellschaft Zusammenhänge zwischen den Mechanismen der Machtausübung und von Machtmißbrauch objektiv bestehen. Auch wir sind der Auffassung, daß Macht - wobei der Begriff noch viel zu wenig sozialpsychologisch und theoretisch begründet ist - zur Korruption von Menschen führt und diese dafür empfindlich sind. Aus diesen Gründen sind in unserer heutigen Gesellschaft völlig andere Strukturen der Machtausübung erforderlich. Jedwede Übertragung von Macht, sei es durch Wahlen oder andere Mechanismen, auf einzelne Institutionen, Parteien oder Personen muß für jeden überschaubar und kontrollierbar werden. Die Machtausübung darf nicht zum Beruf weniger und die Austauschbarkeit der Machtausübenden muß vereinfacht werden.

Für eine sozialistische Partei ergibt sich desweiteren programmatisch die Frage, ob zur Realisierung sozialistischer Zielvorstellungen die Machtfrage eine Entscheidende ist. Nach unseren Auffassungen ist das Streben nach Macht unvereinbar mit emanzipatorischen Ansprüchen der Menschen. Machtausübung würde bedeuten, daß eigene emanzipatorische Ansprüche delegiert werden und die Gefahr eines erneuten Machtmißbrauchs durch Einzelne wieder entsteht.

Jeder muß mit seiner eigenen Biografie umgehen

Das Ministerium für Staatssicherheit war in der DDR ein Teil (Instrument) des staatlichen Machtapparates. In der Bewertung der Tätigkeit des ehemaligen Ministeriums können wir davon ausgehen, daß es eine legitime und eine repressive Komponente gab, wobei Umfang und Intensität von Repressionen in einzelnen Zeitabschnitten der 40 Jahre DDR unterschiedlich ausgeprägt waren. Dabei richtete sich eine massive Repression sowohl gegen kritisch eingestellte Mitglieder der SED und anderer Parteien, beispielsweise Anfang der 50er Jahre gegen ehemalige Sozialdemokraten, als auch gegen Aktivisten und Anhänger der Friedens-, Ökologie- und Frauenbewegung in der 80er Jahren.

Das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit hatte zu keiner Zeit die juristische Legitimation, "Oppositionelle" außerhalb und innerhalb der SED